

Kammerer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnent erhält für die Zeit oder deren Raum 17 Pfg. die Anzeigen-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Frauen und Umgegend

Expedition von J. Grombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 58.

Dienstag den 14. Mai 1907

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky, v. Tschischky, Freiherr v. Stengel, Kraetke.

Das Haus ist schwach besetzt.

Auf der Tagesordnung vom Sonnabend stand zunächst der Weltpostvertrag. Staatssekretär Kraetke erläuterte den Vertrag und bemerkte dabei: Die Organisation des Weltpostvereins, wie sie 1874 getroffen wurde, hat sich durchaus bewährt, so daß man bei allen Kongressen sich auf weitere Verkehrsbeschränkungen und Erleichterungen beschränken konnte. Das ist auch in Rom geschehen, und ich freue mich, betonen zu können, daß es gelungen ist, auch auf dem Gebiete der Tagermäßigung dort etwas zu erreichen. Insbesondere hat es Deutschland durchgesetzt, daß die Gewichtslinie, die wir im Innern haben, von 20 Gramm für den ganzen Verein angenommen und die Tage für schwere Briefe um die Hälfte ermäßigt ist. Weiter ist für Postanweisungen eine bedeutende Ermäßigung erzielt worden. — Der Weltpostvertrag wird mit seinem Zusatzprotokoll in erster und zweiter Lesung genehmigt, desgleichen die Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag mit der Türkei. Sodann wurde noch der Urheberrechtsvertrag mit Frankreich in dritter Lesung verabschiedet.

Die Grubenkatastrophen.

Es folgen die Interpellationen über die Grubenunglücke der letzten Zeit. Die Abgg. Dr. Will (Deutschl.) und Giesberts (B.) fragen nach den Ursachen der Katastrophe in Kleinrosseln (Volzhingen) vom 15. März, nach Maßnahmen für die Zukunft. Die Sozialdemokraten nehmen in ihrer Interpellation Bezug auf die vorjährige Resolution des Reichstags, die eine Untersuchung des Reichsversicherungsamts über die Einrichtungen und Vorschriften zur Verhütung von Feuers- und Explosionsgefahren im Bergbau verlangte und fragen nach Ursachen und Maßnahmen in Bezug auf die Katastrophen auf Borussia, Reben und Kleinrosseln.

Abg. Giesberts (B.): Nach Ansicht der Bergleute lassen Kohlenstaubexplosionen durch regelmäßige Zuführung von Luft zu allen Arbeitsorten und regelmäßige Verriegelung vollständig verhütet werden. Es heißt, auf Kleinrosseln soll vieles sehr im argen gewesen und die Verriegelung nur selten und beinahe gar nicht erfolgt sein. Aus übermäßiger Vertrauensseligkeit in die Grubensicherheit soll die Kontrolle verjagt haben. Die Erklärung des Ministers Deßloch im Preussischen Abgeordnetenhaus über das Seilbruchungsglück bedeutet eine Panzererklärung des Bergarbeiterschutzes. Redner macht eingehende Ausführungen über die Frage der Knappschaftskassen, fordert eine Revision der Bestimmungen, insbesondere geheime Wahl und rückwirkende Kraft. — Abg. Sachsse (Soz.): Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen! Man will keine Arbeiterkontrolleure, weil man die Kritik fürchtet. Auf dem Papier stehen genug Unfallverhütungsvorschriften, ein dickes Buch von 240 Seiten war auf einer Ausstellung, aber auf die Durchführung achtet man nicht. Im deutschen Bergbau besteht eine Schlampererei und Schwerkerei, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn ein Unglück nach dem andern kommt. In Saarbrücken besteht ja ein Arbeiterausschuß, der die Gruben besichtigt, aber wenn die Leute die Mißstände eintragen wollen, dann werden sie bestraft. Redner wirft der fiskalischen Verwaltung Vorkerknagungen vor. Leute haben Leben bekommen, die dem Prinzen Friedrich Leopold sein Pferd nachführten, einen Mann, der 42 Leichen geborgen und unter Aufopferung seines Lebens an den Rettungsarbeiten sich beteiligt hat, hat man auf die Straße geworfen, weil er Verbandsmitglied war. Herrn de Wendel greifen die Herren vom Zentrum an; warum sorgen Sie nicht dafür, daß ihm der päpstliche Segen entzogen wird?

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich habe die Interpellationen dem preussischen Handelsminister mitgeteilt; er hat die darin geforderten Erhebungen angeordnet, aber ihr Ergebnis wird nicht vor Ablauf von zwei Monaten vorliegen. Gewiß sind wir durch die Grubenkatastrophen auf das Tiefste erschüttert worden; aber die Berggesetzgebung ist Sache der Einzelstaaten, und die Landesregierungen und Bergpolizeibehörden tragen die volle Verantwortung für alle Fälle, wo eine Nachlässigkeit nachgewiesen wird. Bei den Katastrophen der letzten Zeit ist der Beweis nicht geführt, daß irgend eine reichsgesetzliche Vorschrift verletzt ist. Auf den fiskalischen Gruben soll eine besondere Kommission gebildet werden, die unter Heranziehung der Vertrauensmänner der Arbeiter die einzelnen Gruben besichtigen und sie auf das Vorhandensein etwaiger Mißstände untersuchen und Vorschläge zur Besserung machen soll. Daß die Knappschaftsberufsgenossenschaft von ihrer Befugnis zum Erlass von Unfallverhütungsvorschriften keinen Gebrauch gemacht hat, liegt daran, daß es im Bergwerksbetriebe überaus gefährlich ist, solche Vorschriften von zwei Seiten zu geben und damit auch die Kontrolle von zwei Stellen zu führen. Das Reichsversicherungsamt ist gegenwärtig mit der Revision der Gefahrrenten beschäftigt. Der Staatssekretär bemerkt, daß bei der Ausführung der Bestimmungen über die Knappschaftskassen, worin es heißt, „sollen eingetragt werden“, die Regierung und die Bergwerke das „sollen“ nicht als Verpflichtung aufgefaßt haben. (Hört! Hört!)

H. Lothe. Unterstaatssekretär Mandel: Das Unglück von Klein-Rosseln ist im Landesauschuß bereits zur Sprache gekommen; damals war die bergpolizeiliche Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis liegt nunmehr vor. Wir haben es der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, sie hat bisher eine Entschließung noch nicht erfaßt; meines Erachtens ist eine strafrechtliche

Verantwortung nicht festzustellen. Der Unterstaatssekretär verliest den amtlichen Untersuchungsbericht. Es ergibt sich daraus, daß die Verriegelung den Vorschriften nicht vollständig entsprochen hat. Unregelmäßigkeiten sind vorgekommen (Hört! Hört! b. d. Soz.); sie stehen aber mit dem Unglück nicht in einem solchen sachlichen Zusammenhang, daß ein direktes Verschulden nachweisbar ist. Zweifelslos hat ein Steiger eine Sorglosigkeit begangen, indem er mit der brennenden Lampe in den Schacht eintrat, ohne die Wetterführung kontrolliert zu haben. Der Mann hat es zweifellos in der Ueberzeugung der Sicherheit des Betriebes getan, und er ist ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit geworden. Wir haben ungenügend für eine Verschärfung der Kontrolle Sorge getragen. Zur Koalitionsfrage bemerkt der Redner, es sind 20 000 Italiener in den Gruben beschäftigt; da können wir uns nicht den Luxus erlauben, uns von den Herren Gewerkschaftsführern Direktiven geben zu lassen. Wenn da ein Streik entsteht, haben wir für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und wer sich nicht fügen will, den weisen wir aus, selbst auf die Gefahr hin, daß er Mitglied des christlichen Bergarbeitervereins ist. (Unruhe und Lachen im Zentrum.) Auf die Einführung der geheimen Wahl bei den Knappschaftskassen hat die eisenlothringerische Regierung hingewirkt, ist aber auf Widerstand gestoßen und hat keine Zwangsmittel.

Auf Antrag Singer (Soz.) wird die Besprechung beschlossen. Abg. Dr. Will (Str.): In Bezug auf die Unfallverhütungsvorschriften stehen wir auf einem ganz anderen Standpunkt als der Staatssekretär; wir meinen: doppelt genügt hält besser! Wenn in Klein-Rosseln alles in schönster Ordnung war, warum hat die Regierung dann die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben? — Abg. Hausmann (Ntl.): Auch wir verlangen peinlichste Untersuchung und zwar in voller Öffentlichkeit. Die Kostenfrage darf nicht in Betracht kommen, höhere Gefahrrenten genügen nicht. Seilbrüche dürfen nicht vorkommen. Meine politischen Freunde werden immer zu haben sein für gesetzliche Maßnahmen, die geeignet sind, den Schutz für Leben und Gesundheit des deutschen Bergmannes zu erhöhen. — Abg. Henning (Kons.): Ein Mangel an gesetzlichen Bestimmungen konnte ebenso wenig wie eine Vernachlässigung der Kontrollvorschriften im allgemeinen nachgewiesen werden. — Abg. Giesberts (B.): Nach Ansicht der Bergleute lassen sich Kohlenstaubexplosionen durch regelmäßige Zuführung von Luft zu allen Arbeitsorten und regelmäßige Verriegelung vollständig verhütet werden. Es heißt, auf Kleinrosseln soll vieles sehr im argen gewesen und die Verriegelung nur selten und beinahe gar nicht erfolgt sein. Aus übermäßiger Vertrauensseligkeit in die Grubensicherheit soll die Kontrolle verjagt haben. Die Erklärung des Ministers Deßloch im Preussischen Abgeordnetenhaus über das Seilbruchungsglück bedeutet eine Panzererklärung des Bergarbeiterschutzes. Redner macht eingehende Ausführungen über die Frage der Knappschaftskassen, fordert eine Revision der Bestimmungen, insbesondere geheime Wahl und rückwirkende Kraft. — Abg. Sachsse (Soz.): Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen! Man will keine Arbeiterkontrolleure, weil man die Kritik fürchtet. Auf dem Papier stehen genug Unfallverhütungsvorschriften, ein dickes Buch von 240 Seiten war auf einer Ausstellung, aber auf die Durchführung achtet man nicht. Im deutschen Bergbau besteht eine Schlampererei und Schwerkerei, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn ein Unglück nach dem andern kommt. In Saarbrücken besteht ja ein Arbeiterausschuß, der die Gruben besichtigt, aber wenn die Leute die Mißstände eintragen wollen, dann werden sie bestraft. Redner wirft der fiskalischen Verwaltung Vorkerknagungen vor. Leute haben Leben bekommen, die dem Prinzen Friedrich Leopold sein Pferd nachführten, einen Mann, der 42 Leichen geborgen und unter Aufopferung seines Lebens an den Rettungsarbeiten sich beteiligt hat, hat man auf die Straße geworfen, weil er Verbandsmitglied war. Herrn de Wendel greifen die Herren vom Zentrum an; warum sorgen Sie nicht dafür, daß ihm der päpstliche Segen entzogen wird?

Die Besprechung wird hierauf vertagt.

Die Vorführung der neuen Geschütze.

Bebel und Singer auf dem Schießplatze.

Die gesamte Budgetkommission des Reichstages unternahm am Freitag eine Besichtigung der Schießplätze von Jüterbog. Auch die sozialdemokratische Fraktion war vertreten, und zwar waren die Abgeordneten Bebel, Singer, Dr. Südekum und Nozke anwesend. Von der Regierung beteiligten sich Kriegsminister v. Gienem und mehrere höhere Offiziere an der Besichtigung. In Jüterbog standen für die Herren eine Reihe Equipagen bereit, die sie nach den Schießplätzen brachten. Dort wurde sofort mit der Vorführung der neuen Maschinengewehre begonnen. Geschossen wurde nach 2500 Meter entfernten Schützenlinien. Es wurden dabei über 75 pSt. Treffer erzielt. Die Vorführung der neuen Rohrrücklaufgeschütze erfolgte mit indirektem Feuer, d. h. die Geschütze und die Mannschaften sind durch eine Anhöhe den Blicken des Feindes entzogen. Hier wurde nach dem vierten Schuß die richtige Entfernung des Feindes, 4000 Meter, gefunden. Auch auf eine heranpressende Kavalleriekolonne wurde gefeuert, wobei die Wirkung eine ganz verheerende war. Jeder Schuß der neuen Maschinengewehre tötet 22 Mann. Da insgesamt 800 Schüsse abgegeben wurden, betragen die Kosten der Vorführung insgesamt 6000 Mark.

Das Erscheinen der Abgeordneten Bebel und Singer rief begeisterte Aufmerksamkeit hervor. Die Offiziere begrüßten die Abgeordneten auf das freundlichste und beecilten sich, den seltenen Gästen den Aufenthalt auf dem Übungsplatze so angenehm wie möglich zu machen. Unmittelbar nach der Begrüßung ergab sich eine Situation, die nicht der Pikanterie entbehre: Bebel, umringt von einer Anzahl Artillerieoffizieren, die sich ihm hatten vorstellen lassen! Der grimmige Volkemann im Kreise der Vertreter jener Klasse, die so gar nicht seine Sympathien besitzt! Die Herren unterhielten sich nichtsdestoweniger überaus angeregt. Nach der Uebung fand ein Dejeuner im Offizierskassine statt, dem gleichfalls alle auf dem Schießplatz erschienenen Abgeordneten beizuhnten und das sehr animiert verlief. Der Vorsitzende der Budgetkommission Freiherr v. Camp brachte ein Hoch auf die Offiziere aus, in das alle Anwesenden, auch die Sozialdemokraten, einstimmten.

Krieg im Berliner Baugewerbe.

In einer außerordentlichen Versammlung hat der Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte einstimmig beschlossen: Alle Arbeitnehmer des Baugewerbes (Maurer, Zimmerleute und Hilfsarbeiter) werden am Sonnabend, dem 18. d. Mts., entlassen, alle Bauarbeiten sind einzustellen und vorläufig keine neuen Arbeiter anzunehmen. Um für die ferneren Verhandlungen nicht gebunden zu sein, zieht der Verband der Baugeschäfte seine dem Schiedsspruch des Einigungsamtes zustimmende

Erklärung zurück, wovon dem Einigungsamt alsbald Mitteilung zu machen ist.

Der Krieg ist damit von seiten der Arbeitgeber erklärt. Wir stehen am Beginn eines Wirtschaftskampfes von unabsehbarer, aber folgeschwerer Bedeutung. Vergewaltigen wir uns in allgemeinen Umrissen, was auf dem Spiele steht: Der Gewerbandsvorstand der Bauarbeiter rechnet damit, daß in der nächsten Woche 70 000 Mann arbeitslos sein werden. Sie und ihre Angehörigen, insgesamt wohl 250 000 Personen, sind auf die knappen Unterstützungsgelder der Organisationen angewiesen. Bei all diesen Familien geht der Konsum zurück. Die Kolonialwarenhändler, die Bäder, die Fleischer büßen einen erheblichen Teil ihrer Kundschaft ein; und die Maurer waren gute und zahlungsfähige Kunden. Auf der anderen Seite die Baugeschäfte! Gewiß, die Großkapitalisten unter ihnen können einen Puff vertagen. Sie haben vielleicht sogar ein direktes Interesse daran, daß der raschen Bautätigkeit einmal ein Riegel vorgeschoben wird. Aber die mittleren und die kleineren Geschäfte waren bis zum letzten Moment zu Verhandlungen bereit und setzten in dieser Beziehung ihren Willen auch durch. Die völlige Einstellung jeder Tätigkeit ist für sie keine Kleinigkeit.

Und warum das alles? War diese Katastrophe, unter der schließlich alle leiden werden, der Sieger wie der Besiegte und das unschuldige Publikum, war sie nicht zu vermeiden? Nicht die Schuldfrage wollen wir in diesem Moment aufrollen. Wir wollen nur in wenigen Sätzen die Entwicklung der Angelegenheit unseren Lesern nochmals vorführen. Am 1. April war die Geltungsdauer des vor mehreren Jahren geschlossenen Tariffs abgelaufen. Vor dem Einigungsamt des Schiedsgerichts, dem sich beide Teile bereitwillig unterwarfen, kam zwar eine Einigung über die Lohnfrage zustande — hier machten die Unternehmer Zugeständnisse —, nicht aber über die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitervertreter forderten den Achtstundentag, die Unternehmerführer lehnten diesen wie überhaupt jede Verkürzung ab. Das Einigungsamt formulierte nichtsfeststehenden einen Schiedsspruch, in dem die Lohnerhöhung zugestanden, die Arbeitszeitverkürzung aber nicht enthalten war. Der Arbeiterausschuß nahm diesen Schiedsspruch an, die Arbeiter aber lehnten ihn am 23. April in der Jettelabstimmung ab, obwohl die eigenen Führer, Thöns, Silberstein und Bömelburg, die Annahme dringend empfohlen hatten. Der Zentralvorstand der Maurer schrieb daraufhin sogar am 26. April an den Magistratsrat v. Schulz, dieser möge darauf hinwirken, daß der Verband der Baugeschäfte seine Entscheidung noch zurückstelle, da er (der Zentralvorstand) versuchen wolle, den Schiedsspruch bei den Organisationen doch noch zur Annahme zu bringen. Die gewünschte Sinausschiebung der Entscheidung geschah denn auch. Nun vollzog sich aber ein Umsturz bei den Arbeiterführern insofern, als diese ihrerseits in einer zweiten Versammlung selbst die Ablehnung des Schiedsspruchs beantragten, die denn, auch zum zweiten Male beschlossen wurde. Damit war der Kampf im Prinzip entschieden. Da aber die Arbeiter einen Generalstreik nicht proklamierten und die Unternehmer Einzelstreiks fürchteten, so ergriffen die letzteren das Mittel der Aussperrung.

Es wird nun ein hartes, erbittertes Ringen anheben. Denn beide Parteien sind gut organisiert und gut fundiert. Aber wie auch nach langem Kampfe die Entscheidung falle: die Allgemeinheit hat den Schaden. Denn Millionen an Werten, die hätten produziert werden können, bleiben ungenutzt. Um soviel erleidet das Nationalvermögen Einbuße. Der Zukunft wird es vorbehalten bleiben, die Mittel und Wege zu finden, um weiterzulebenden Kämpfen dieser Art vorzubeugen.

Deutschland.

— Das Abgeordnetenhaus erledigte am Sonnabend zuerst in erster und zweiter Beratung den Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten. Sodann wurde ein Antrag Jund (Frs. Wpt.) auf Aenderung des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. in erster und zweiter Beratung angenommen, nachdem ein Regierungsvertreter die Zustimmung der Staatsregierung zu dem Antrage in Aussicht gestellt hatte. Ein Antrag der Abgg. Engelbrecht (freis.) und Dr. Hahn (B. d. L.), betreffend gesetzliche Maßregeln gegen die Auffaugung des bäuerlichen Besitzes durch das Großkapital wurde zurückgezogen, nachdem Minister v. Arnim erklärt hatte, daß im allgemeinen eine Abnahme des Großgrundbesitzes zu konstatieren sei. Ob im Westen eine bedenkliche Verschiebung in den Besitzverhältnissen eingetreten sei, wie vom Abg. Engelbrecht bei der Begründung des Antrages betont worden war, müsse erst durch Erhebungen festgestellt werden. Der Rest der Sitzung wurde mit der Erledigung von Petitionen ausgefüllt.

— (Die Wiesbadener Kaisertage.) Sonnabend nachmittag wurde das neue Kurhaus durch ein Galakonzert eingeweiht. Um 5 1/2 Uhr erschien der Kaiser und wurde vom Oberbürgermeister v. Jbell und Professor v. Thiersch begrüßt. Sodann hielt der Oberbürgermeister v. Jbell eine Ansprache, worin er dem Dank der Stadt Ausdruck gab, daß der Kaiser selbst dieser neuen Heimstätte der Kunst und edlen Geselligkeit die Weihe gebe. Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser. Der Kaiser dankte dem Oberbürgermeister für die schönen Worte und gab der Freude darüber

Düsseldorf, 13. Mai. In Gegenwart des deutschen Kronprinzen wurde Sonnabend die nationale Kunstausstellung im Kunsthallepalast vom Vorsitzenden des Ausstellungskomitees, Grafen Brühl, mit einer Ansprache eröffnet, in welcher er unter anderem das Folgende hervorhob: Die Kunstausstellung hat den Zweck, die Aufmerksamkeit der Nation auf die Kunst zu lenken und die Kunstwerke eines umfassenden Schaffens zu zeigen. Die ganze Ausstellung sei dem deutschen Volk gewidmet. Das Volk müsse sich ein anderes als dasjenige, welches in der Vergangenheit das deutsche Volk dargestellt hat, bilden. Das Volk müsse sich ein eigenes Bild machen, aber es könne nicht auf die Dauer nicht befriedigt fühlen, wenn ihm nur technische Leistungen vorgeführt würden, auch wenn es sich um noch so schwierige und interessante Probleme handle. Die Zukunft könne nicht mehr fern sein, wo wieder die höchsten Vorwürfe den Geist deutscher Künstler anregen, wo wieder Kunstwerke voll inneren Gehalts entstehen, die mit den Erzeugnissen moderner Technik ausgestattet, Herz und Gemüth des Volkes hinreißten. Möge auch die Kunstausstellung dazu beitragen, so wolle der Redner diesen Teil seiner Ausführungen, daß die Periode der geistigen Abhängigkeit vom Ausland ein rasches Ende finde, und die deutsche Kunst wieder ein deutsches Empfinden zum Ausdruck bringe. Im Anschluß daran

brachten Graf Bühl ein dreifaches Hoch auf den Kaiser und Mi-
nister v. Rheinbaben ein solches auf den Kronprinzen aus,
worauf dieser die Ausstellung für eröffnet erklärte.
Nachmittags fand in der städtischen Tonhalle ein Festmahl
statt. Der kommandierende General des 7. Armeekorps Fehr. von
Bissing brachte einen Trinkspruch auf den Kaiser aus. Oberbürger-
meister Marx toastete auf den Protektor der Kunstausstellung, den
Kronprinzen, worauf dieser ungeführt folgendes erwiderte:
„Ich betrachte es als meine Pflicht, Ihnen allen am heutigen
Abend herzlichen Dank auszusprechen für die freundlichen Worte
und für den freundlichen Empfang, der mir heute, wie so oft, in
der Stadt Düsseldorf zuteil geworden ist. Als ich vor die Wahl
gestellt wurde, das Protektorat über die Ausstellung zu überneh-
men, und dabei die Frage aufwarf, ob ich auch nach Düsseldorf
kommen könne, habe ich mir gesagt, das will bei den Represen-
tationspflichten überlegt sein. Ich habe es getan, weil es für die
Stadt Düsseldorf ist. (Lebhaftes Bravo.) Mein heutiger Einzug,
der Blick auf die fröhlichen Menschen, auf die Blumen und die
Ausstellung haben mich reich belohnt für meinen Ertzschluß. Ich
bitte Sie, mit mir in ein Hoch einzustimmen: Unser verehrter Herr
Oberbürgermeister Marx, die Stadt Düsseldorf und die reizenden
jungen Damen, die ich auf der Straße gesehen habe.“ Hurra!“

Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins.

Köln, 13. Mai. Der diesjährigen Hauptversammlung des
Deutschen Flottenvereins sah man wegen der bekannten Vorgänge
(Kernbriefe), die eine Strömung gegen den Vorstand verursacht hatten,
mit Spannung entgegen. Die Teilnahme an der Versammlung war
eine außerordentlich große. Als Vertreter des Kaisers war General-
feldmarschall v. Sahlke anwesend. Der Vizepräsident Fürst zu
Salm-Horstmar eröffnete die Hauptversammlung und wurde darauf
an den Kaiser folgendes Subsidiumstelegramm gefandt:
Euerer Kaiserlichen und Königl. Majestät entbietet die
in Köln tagende 7. ordentliche Hauptversammlung des deutschen
Flottenvereins ihre erfruchtvolle Subsidium. Unsere Bestrebungen
sind nach wie vor darauf gerichtet, dem Vaterlande eine starke
Flotte zu schaffen zu helfen, welche in der Hand Eurer Majestät
die sichere Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens bietet.
Generalfeldmarschall von Sahlke dankt für die ihm gewor-
dene Begrüßung und bemerkt, der Kaiser lasse dem deutschen Flotten-
verein eine weitere segensreiche und erfolgreiche Zukunft wünschen
zum Besten unserer deutschen Flotte. Redner schloß mit einem
dreifachen Hoch auf den Flottenverein. Der Regierungspräsident von
Köln, Dr. Steinmeißer, begrüßte die Hauptversammlung im Namen
der Staatsregierung. Präsident Fürst zu Salm-Horstmar und Ge-
neralmajor Reim bezeichnen es als unrichtig, daß der
deutsche Flottenverein die katholische Kirche und
die katholische Bevölkerung bekämpfe. Dem deutschen
Flottenverein sei jeder Deutsche ohne Unterschied der Konfession und
der Partei willkommen, der die Bestrebungen des Vereins unter-
stützen wolle. Der Verein treibe keine Partei, sondern nur
Nationalpolitik. Hierauf gelangte folgende Erklärung einstimmig
zur Annahme:

In der Erkenntnis, daß andere Nationen die Kampfkräfte
ihrer Flotte unaufhörlich und zwar in solchem Maße vornehmen,
daß sich die Stärkeverhältnisse immermehr zu unseren Ungunsten
verschoben, woraus große Gefahr für unser Vaterland entstehen
könnte, spricht die Hauptversammlung des Flottenvereins die An-
sicht aus, es sei unbedingt nötig, den durch die Flottengesetze
von 1900 und 1906 festgesetzten Ausbau der deutschen Flotte
zu beschleunigen. Um das Verständnis hierfür weiter im deut-
schen Volke zu fördern, wird der deutsche Flottenverein in seiner
auffällenden Tätigkeit fortfahren und hierbei als nationaler Verein
über dem Gegensatz der Konfession und Partei stehen.

Sodann wurde ein Antrag einstimmig angenommen, nach dem
die Versammlung von der Erklärung des Präsidiums, daß der
Verein als nationaler und politischer Verein einer Agitation für
oder gegen eine politische Partei fern bleibt, Akt nimmt, und dem
Präsidium ihr volles Vertrauen und herzlichen Dank für die auf-
opfernde tatkräftige Führung und Förderung des Vereins anspricht.
Als Tagungsart für die Hauptversammlung 1908 wurde Danzig
gewählt.

Mülheim (Rhein), 13. Mai. (Selbstmord.) Mittwoch abend
kletterte ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann neben dem ge-
schlossenen Heberweg an der Schanzentstraße durch die Drahtumzäun-
ung auf den Fahnkörper der Straße Mülheim-Bensberg in dem
Augenblicke, als ein Personenzug die Straße befuhr. Trotz der war-
nenden Rufe verschiedener Leute, die die Gefahr erkannten, die dem
Mann drohte, war er nicht von seinem Vorhaben abzuhalten, und
überschritt das Geleise. In demselben Augenblicke wurde der Mann
von der Lokomotive des Personenzuges erfasst und vor den Augen
der Anwesenden überfahren. Verschlungen und tot blieb er auf dem
Geleise liegen. Es liegt Selbstmord vor.

Das Weltkurhaus in Wiesbaden.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Wiesbadener Kaiser-
woche stand die Einweihung des neuen Kurhauses, die am Sonn-
abend durch den Kaiser vollzogen wurde. Auf dem Platze, auf
dem das alte Kurhaus gestanden hat, erhebt sich der Monumental-
bau, der rund 6 Millionen Mark gekostet hat. 3 Millionen hatten
Wiesbadens Stadtväter bewilligt. Aber des Münchener Künstlers,
Professors v. Thiersch, weitestgehende Phantasie und Kraft haben
hier etwas geschaffen, das der Zeit trotzt und mit verschwenderischer,
aber künstlerischer Hand errichtet ist.

Wie eine Kirche mutet dieser pompöse Raum mit der gewaltigen
Kuppel an. Über Marmorsäulen gleitet der Fuß, geschliffener Mar-
mor bedeckt die Wände. Dreißig polierte Säulen streben mit ihren
Goldbronze kapitälen zur Kuppel hinauf. Emporen mit vergoldeter
Gitterbrüstung schließen die beiden Schmalseiten ab. Man denke sich,
daß in den vier Nischen des Kuppelbaues auf dunkelgrünem Mar-
morspiel weiße Statuen bei gelbglühendem Hintergrund stehen;
daß stutende Sonnenlicht in den farbigen Bogenfenstern sich bricht
und auf das Gold der Kapitäl und die bunten Marmorplatten her-
niedergleitet; daß von der Höhe der Kuppel in leuchtendem Weiß
zanzig überlebensgroße Grazien herniedergreifen und aus Mosaik-
medaillons golddurchsetzte Farbentöne spielen. Der Bau als Ganzes
läßt sich in fünf Hauptteile zerlegen: die Wandelhalle, den
kleinen und großen Konzertsaal, die Nebengasse, als da sind Leses-
konversations-, Schreib-, Spiel-, Wein- und Bierzimmer, und der
Musiksaal. Ich beginne mit dem großen Konzertsaal. Das
Auge schaut von der weißen goldumrandeten Galerie hinauf zur
Decke, entlang an den schillernden Marmorsäulen, hin zur gold-
strotzenden Kaiserloge und findet in diesem Prunkraume keinen Ruhe-
punkt. „Hier in diesem Saale wollte ich meine höchste Karte aus-
spielen“, sagte mit siegesfrohem Lächeln Professor v. Thiersch. Der
Kaiser, der vor einiger Zeit dem Bau beistand, soll er-
kannt ausgesprochen haben: „Wie überwältigend!“ Kein Pfeiler stützt
die etwa vier Meter in den Saal ausgreifende Galerie, sie trägt
sich selbst. Auf der Galerie reden sich bis hinauf zur Decke rechts

und links zehn mächtige Marmorsäulen empor. In diesen Glanz
müht sich das blinkende Mahagoni der Wände. Ueber der Orgel,
die hinter Weinranken gitter verborgen liegt und ein Kunstwerk für
sich ist, schimmert auf blauem Grunde ein Kolossalgemälde: der
Sonnenwagen. Leuchtend weiß sind die schäumenden fünf Räder,
die den goldenen Wagen Auroras durch die Lüfte ziehen. Die
Mitte der Decke beleben Figuren aus Neptuns Reich. Weiße Töne,
die von graublauem Untergrunde sich abheben, sind hier festgehalten.
Der Raum faßt 1100 Menschen. Der kleine Konzertsaal ist der
alte Kursaal in miniature. Hier weht Geist aus Hellas Gefilden, das
Künden schon die 24 ionischen Säulen. Die Vorderfront bilden
Lesesäle, Spielzimmer, Schreib- und Unterhaltungsräume. Ich ver-
mag nur zu wiederholen: Farbenreichtum überall. Bald harmonisiert
Mahagoni-Mobiliar mit dunkelblauem Teppich, bald ist die Ver-
spannung der Wände tiefrot, bald blau, bald schimmert da und dort
goldgezierter Stuckatur.

Ein Triumph der neuen Kunst, vielleicht ihr kühnster in den
letzten Jahren, ist der Musiksaal. Und das hat Fritz
Erler zuwege gebracht, der die Wände mit Kolossalsteinen ge-
ziert hat. Wie ein lachendes, lebensfrohes Kind des jungen Frühling-
morgens sich anstellt, so hat hier Erler seinem Farbensinn die
Zügel schießen lassen. Grotesk sind die Szenen, die Jugend, Alter,
Jüng und Sommer, Herbst und Winter darstellen: verzogen bis
zum aufblühenden Trotz ist die Auftragung der Farben. So wie
hier Erler das neidische Selbst bevorzugt hat, wird es noch keiner
vor ihm gewagt haben. Hier soll das kaiserliche Auge sich
nicht zurecht- und wohlgefunden haben, ja man tuschelt sich in
Künstlerkreisen zu, daß Wilhelm II. im Musiksaal merkwil-
lig kurze Zeit verweilt hat. Und doch werden diese Farbenresken
den Namen Fritz Erler berühmt machen. Thiersch ist es gelungen,
in dieser Linienführung den Bau erstehen zu lassen. Wie ein
griechischer Tempel erhebt sich das neue Kurhaus zwischen Kur-
park und Kurparkplatz. Dem hohen Mittelturmbau sind niedrigere,
seitliche Flügel angegliedert, sechs ionische Säulen wachsen aus der
Treppe, die zum Portal führt, heraus. Der helle Sandstein der
Fassaden gibt dem Bau ein freundliches Aussehen.

Drei Namen sind zu nennen, die auf dem altmännischen Boden
der Kaiserstadt Wiesbaden dieses Prunkhaus geschaffen haben, das
in seiner Art bis heute das schönste der Welt ist: Thiersch, Diez
und Erler. Künstlerträume sind hier in die Tat umgesetzt.

Der Jubel im spanischen Königshause.

Der Königspalast in Madrid ist von Jubel erfüllt über die glück-
liche Geburt des spanischen Thronfolgers. Und aus ganz Spanien
hallt dieser Jubel wieder. Dem Prinzen von Asturias, wie
der stolze Titel des Erstlings des jungen spanischen Königsparces
lautet, hat die Mutter aus deutschem Stamme, die Kätende,lerin
Ena, ihre blonde Anmut mit auf die Welt gegeben. Vor den blauen
Augen des spanischen Königs, der sich jetzt zum Leben öffnet,
müssen sich die beglückten Wände schließen, die von den Karlisten und
anderen Fürstengeschlechtern nach der spanischen Krone gerichtet
waren.

Ueber das große Ereignis werden aus Madrid noch folgende Ein-
zelheiten telegraphiert: Um 3/4 1 Uhr verkündeten am Frei-
tag 21 Kanonenschüsse, die kurz nach dem Sünden der Nationalflagge
auf dem Königspalast dröhnend über die Stadt dahinrollten, daß
dem Königspaar soeben ein männlicher Thronerbe geboren
worden war. Die ungeheure Volksmenge, die sich vor dem Palaß an-
gesammelt hatte, war bereits durch das Aufziehen der Flagge davon
unterrichtet, daß ein Prinz das Licht der Welt erblickt habe, und
ungeheurer Jubel schallte zu den Fenstern des Palaßes empor.

Alfonso.

Alle Häuser im Zentrum flaggten und zwar vielfach zugleich
die englische Fahne. Zahlreiche Fußgänger, Wagen, Automobile dräng-
ten zum Königspalast. In dem Schlafzimmer, welches rosa mit blauen
Blumen ausgestattet ist, stehen anstatt des königlichen Bettes zwei
kleinere Betten aus vergoldeter Bronze, von einer Krone überragt,
sowie eine Chaiselongue, auf welcher die Königin niederkam. 35 Mi-
nuten nach der Geburt, um 1 Uhr 10 Minuten, fand die Vor-
stellung des Prinzen in der Camara Regia mit dem üblichen
Zeremoniell statt. Der König in Marschalluniform trug sein Söhn-
chen selbst. Seine Freude ist unbeschreiblich. Er erzählt, indem der
Prinz wiege 8 Pfund. Das Kind sieht sehr frisch aus. Seine Züge
zeigen das englische Oval ohne die edigen Gesichtszüge der Habs-
burger. Die Königin wird das Kind selbst nähren. Der
Kronprinz wird Alfonso Carlos heißen. Im Volksmunde wird
der kleine Kronprinz „Alfonso“ genannt.

Wenn ein Königskind geboren wird.

Seit einigen Tagen schon staute sich bis tief in die Nacht hinein
eine große Menschenmenge vor dem königlichen Schloß und wartete
neugierig auf das Zeichen, das verkündigen sollte, ob das erwartete
Kind ein Prinz oder eine Prinzessin sei. Man erzählt sich, daß Kö-
nig Alfonso die bestimmte Absicht kundgegeben habe, wenigstens einen
Teil der veralteten und lächerlichen Formlichkeiten der höfischen Nie-
derkunft-Ereignisse abzuschaffen. Einer der merkwürdigsten traditionel-
len Gebräuche — er kam noch bei der Geburt des gegenwärtig re-
gierenden Königs zur Anwendung — bestand darin, daß bald nach
der Niederkunft der Königin das geborene Kind in eine große goldene
Schüssel gelegt und so dem Volke präsentiert wurde. Natürlich gab
es eine minutiöse Rangordnung für die Herrschaften, die das Kö-
nigskind tragen durften, bevor es noch im Wickelband und Windeln
lag; und eben so natürlich gab es Würdenträger, die die erwähnte
goldene Schüssel „zwischen zwei königlichen Geburten“ in Obhut zu
nehmen hatten. Schließlich liegt aber selbst in den Palästen der Kö-
nige die Vernunft, und das Lächerliche des eben geschilderten Zere-
moniells trat immer mehr zutage. Es war schon barbarisch genug,
daß nach höfischer Vorschrift im Zimmer der königlichen Wächlerin
bei der Niederkunft eine bestimmte Anzahl Personen zugegen sein
mußte.

Ein Prinz muß vor zahlreichen Zeugen zur Welt kommen. In
Frankreich — so plaudert ein Mitarbeiter des Paris' —
war es sogar heiliger Brauch, daß im Augenblicke der Niederkunft
der Königin die Türen des Palaßes weit geöffnet wurden, so daß
jedermann ungehindert eintreten durfte. Als Marie Antoinette im
Jahre 1778 ihr erstes Kind zur Welt brachte, war die Zahl der
Neugierigen, die diesem Ereignisse beizuwohnten, so groß, daß die Kö-
nigin vor Angst und Scham beinahe gestorben wäre. Ravn hatte
der Arzt Bernand mit lauter Stimme: „Die Königin kommt nieder!“
gerufen, als sich eine wahre Völkerwanderung in das Zimmer er-
goß. Wenn man den Wandschirm und die Teppiche, die das königliche
Bett schützten, nicht mit Striden festgebunden hätte, wären sie sicher
auf die arme Frau geworfen worden. Junge Männer trugen auf
die Möbel, um besser zu sehen. Es herrschte bald eine solche Hitze,
daß die Königin die Bestimmung verlor. In diesem Augenblicke ließ
der König in größter Aufregung an die fest verstopften Fenster und

die Türen klopfen und hinaustrufen; das Volk aber wollte nicht
weichen und erklärte, daß es ein verfassungsmäßiges Recht habe, der
Niederkunftszene beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Das neue japanische Feldgeschütz, das in den
Regierungswerkstätten von Osaka (bei Kobe) hergestellt
wird, hat eine gefechtsbrauchbare Tragweite von 6800
Meter. Die Kosten pro Geschütz betragen rund 20 000
Mark.

Zur Unterdrückung der Unruhen ist in Süd-
wighafen ein Bataillon des 17. Infanterie-Regi-
ments aus Gernersheim angekommen. Ferner wur-
den 50 Gendarmen von auswärts zur Unterstützung der
Polizei zusammengezogen.

Große Ausperrungen in Sicht. Für die näch-
sten Tage stehen in der Metallindustrie im Maingebiete
große Ausperrungen bevor. Infolge der gegenwärtigen
Lohnbewegung in Offenbach beschloßen die Fabrikanten,
wenn bis zum 25. Mai keine Einigung erzielt wird,
auf 5 bis 9 Wochen ihre Arbeiter in dem genann-
ten Gebiete zu entlassen.

Der Verein Barmer Maschinenfabriken küm-
dige allen Mitgliedern des Metallarbeiter-
Verbandes zum 25. d. M. Wenn der Ausstand der
150 Schlosser nicht bis zum 18. d. M. beendet ist, wird
auch des weiteren in den übrigen Betriebszweigen ge-
kündigt werden.

In den Flammen umgekommen sind bei einem Scha-
densfeuer, das im Dorfe Mäha bei Weißwasser drei
Wirtschaften mit acht Gebäuden einschloß, ein etwa
40jähriger Mann, der infolge des Schreckens anscheinend
gelähmt war, und die Frau eines der Besitzer, namens
Junkte.

Für eine elektrische Bahn von Garnisch-Par-
tenkirchen auf die Zugspitze wurde dem Zivil-
ingenieur Wolfgang Adolf Müller in Dresden-Blasewitz
vom königl. bair. Staatsministerium für Verkehrsange-
genheiten die Konzession erteilt. Der Bau soll bald
ausgeführt werden.

Großfeuer brach in dem Dorfe Krstrup bei
Randers (Dänemark) aus, das mit großer Geschwindig-
keit um sich griff. 32 Gebäude sind niedergebrannt, 50
Familien sind obdachlos; Menschen sind nicht umge-
kommen.

Infolge Hirschschlags gestorben ist der Füsilier
Lange von der 7. Kompagnie des Füsilier-Regiments
Nr. 34 in Bromberg. Nach der „Ostf. Presse“ hatte sich
Lange den Hirschschlag bei der Bataillonsbesichtigung durch
den kommandierenden General zugezogen. Die Bemü-
hungen des diensttuenden Arztes und des Sanitätsper-
sonals, den Bewußtlosen ins Leben zurück zu rufen,
blieben erfolglos, so daß nach kurzer Zeit der Tod ein-
trat. Lange war ein pflichttreuer, eifriger Soldat.

Selbstmord durch Erschießen verübte am Hirt-
mel-Fahrtstage nach einer Meldung aus Wittenberg
der im fünften Jahr im 20. Regiment dienende Unter-
offizier Richter. Wie es heißt, soll er plötzlich
geisteskrank geworden sein und die Tat in einem An-
fall von Verfolgungswahn getan haben.

Neueste Nachrichten

(W. Continental-Telegraphen-Kompagnie [Wolffs Bureau]. H. Hirsch's
Telegraphisches Bureau; E. Privatmeldungen.)

H Berlin, 13. Mai. Ein Ruderboot, 6 Insassen, ein
Chepaar und 4 Kinder wurde auf dem Griebasee gestern
von dem Dampfer Wannsee überannt. Einige herbei-
eilende Motorboote vermochten die Frau und Kinder zu
retten. Der Mann ist umgekommen. Wie man an-
nimmt, hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende ge-
macht.

H Berlin, 13. Mai. Zu einem blutigen Zusammenstoß
zwischen Wilderern und Forstbeamten kam es in der Nacht
im hiesigen Walde. Der Forstbeamte Hatanus, sowie der
Vizefeldwebel Gerlach von der 1. Komp. der Garde Jä-
ger befanden sich zur Revision im Revier, als sie sich
plötzlich 3 Wilderern gegenüberfanden, von denen der Zim-
mermann Ebel aus Potsdam das Gewehr auf Gerlach
in Anschlag brachte. Gerlach schoß in Notwehr und tö-
tete Ebel durch einen Schuß in den Kopf. Hatanus hat
indes durch heftiges Ringen den einen der Wilderer ding-
fest gemacht, der 3. entkam.

W Leipzig, 13. Mai. Beim gestrigen Radrennen
stürzte der Amerikaner Walthour, der erst vor 8 Ta-
gen in Erfurt gestürzt war, bei der 65. Runde infolge
Reifenbruchs. Schwer verletzt wurde W. in das Kran-
kenhaus geschafft.

H Paris, 13. Mai. Eine große Feuersbrunst zer-
störte ein Möbelmagazin vollständig. 6 Feuerwehrlente
wurden verletzt, darunter 3 schwer. Im ganzen wurden
6 Gebäude vollständig zerstört. Der Schaden
wird auf 3 Millionen Francs geschätzt. In den angren-
zenden Straßen hatte eine dichte Menschenmenge Auf-
stellung genommen und versuchte die polizeiliche Ab-
sperrung zu durchbrechen, was ihr jedoch nicht gelang.
Es kam wiederholt zu Ausschreitungen. Wasserfchläuche
wurden zerschneiden und Feuerlöschgerätschaften zertrüm-
mert. Ein Polizeisergeant wurde durch Messerstiche ver-
letzt und mußte ins Krankenhaus überführt werden.

H New-York, 13. Mai. Auf der Southern-Pensyl-
vania-Bahn ereignete sich bei der Station Honda ein
Eisenbahnunglück, bei dem 25 Menschen ums Le-
ben kamen und 15 schwer verletzt wurden.

Der unförmige Leib bei Kindern mit Rachitis, welcher durch die
stärkeren Darrgärungen hervorgerufen wird, und die Schlaflosigkeit bei
Musiklatur werden am leichtesten beseitigt durch die Ernährung mit
„Kufete“-Kindermehl, welches, selbst gährungsunfähig, im Darm
des Kindes gährungswirksam wirkt und andererseits auch die Schlaflosigkeit
des gesamten Muskels beseitigt.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute nachmittag 4 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Grossmutter und Schwiegermutter

Sophie Overhage

geb. Schulte

im Alter von 63 Jahren, infolge Lungenentzündung zu sich zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Oberaden, den 11. Mai 1907.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, in Methler statt. 1570

Bekanntmachung.

Von der im § 14 des Invalidenversicherungsgesetzes vorgesehenen Vergünstigung zur freiwilligen Versicherung ist bisher nur selten Gebrauch gemacht, was zum nicht geringen Teil auf die Unkenntnis dieser Bestimmung zurückzuführen sein dürfte. Es wird daher hiermit wiederholt darauf hingewiesen, daß Gewerbetreibende (Handwerker usw.) und sonstige Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende befugt sind, freiwillig in die Versicherung einzutreten, solange sie das 40. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Die Selbstversicherung kann in jeder beliebigen Lohnklasse erfolgen und beträgt die Wartezeit bei der Invalidenrente 500 und bei der Altersrente 1200 Beitragswochen. Um die Anwartschaft aufrecht zu erhalten, genügt es, wenn innerhalb zweier Jahre (vom Tage der Ausstellung der Quittungskarte an) mindestens 40 Beitragswochen geleistet werden.

Jede weitere Auskunft wird bereitwilligst Zimmer 11 erteilt. Kamen.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Bekanntmachung.

Der Herr Regierungs-Präsident hat durch Verfügung vom 28. März cr. den ortsüblichen Tagelohn für gewöhnliche Arbeiter für die Stadt Kamen wie folgt festgesetzt:

erwachsene	jugendliche
männliche	weibliche
Arbeiter	Arbeiter

3 Mk. 1,80 Mk. 1,20 Mk. 1 Mk., was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Diese Neuverordn. tritt 6 Monate nach Bekanntgabe durch das Regierungsamtsblatt (vom Tage der Ausgabe des Blattes an gerechnet) in Kraft, mithin, da die Ausgabe des Blattes am 12. April erfolgt ist, am 12. Oktober dieses Jahres.

Der Magistrat: v. Basse.

Knaben-Institut Spielwigge h. Lüdenscheid

(Gegründet 1858.)
Gesunde Lage in ländlicher Stille. Schnelle und sichere Vorbereitung für die oberen Klassen höherer Schulen; gewissenhafte Beaufsichtigung; beste körperliche Pflege. — Pensionspreis gering. Prospekt kostenfrei. m 2408 Dr. Rentrop.

Reese's Backpulver

kostet jetzt

5 Pf.

Teure Zeitungsreklamen dagegen suchen helle Köpfe die 10 Pf. bezahlen wollen.

Reese & Co. H. Hameln liefert alles mit Prämienscheinen.

Versicherungen

gegen

Einbruch-Diebstahl

übernimmt die

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft

zu

mäßigen Prämienätzen

und

konzilianter Bedingungen.

Nähere Auskunft erteilt die Agentur

Fr. Meyer, Kamen,

Weststraße 21.



Friedr. Frieling, Kamen

empfiehlt sein grosses Lager in

Fahrrädern

nur erstklassiger Fabrikate

zu billigsten Preisen.

Volle Garantie für Haltbarkeit und leichten Gang. Elegante Form! Bestes Material!

Ersatz- und Zubehörteile

in grösster Auswahl.

386

la. Luftschläuche und Mäntel unter Garantie

Acetylen-Laternen

in unerreichter Auswahl zu billigsten Preisen.

Reparaturen, sowie Neuemallierung und Vernickelung von Rädern werden prompt und gut ausgeführt. - - -

Tapeten

grösstes Lager bei

530

Heinrich Jacobi, Kamen.

Große Auswahl in Porzellan- und Glaswaren, als Kaffee- u. Thee-Service, Fleisch- und Gemüse-schüsseln, Bier- und Eiskor-Service u. u. vorrätig bei J. Brombach, Kamen.

Im Erscheinen befindet sich:

Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. Grosses Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. 20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark. Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

LEBIG'S FLEISCH-EXTRACT

Seit über 40 Jahren unerreicht.

Kisten

jeder Art von den Grössten bis zur Kleinsten, fertig und in Teilen, Holz, Holz, Trockenrahmen etc. empfiehlt billig C. J. Becker, Köln-Nippes. Dampfsäge- und Kistenfabrik. h 600

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Kamen belegene, im Grundbuche auf den Namen des Bergmanns Heinrich Schneider zu Kamen eingetragene Grundstück Flur 24 Nr. 44, Hofraum mit a) Wohnhaus Nordenfeldmark Nr. 53 und Hausgarten b) Stall 14,60 ar, 240 Mark Nutzungswert,

am 5. Juli 1907, vormittags 11 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle versteigert werden.

Kamen, den 7. Mai 1907.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Kamen belegene, im Grundbuche auf den Namen des Maurermeisters Franz Beckmann zu Kamen eingetragene Grundstück Flur 25 Nr. 559/182, a) Wohnhaus Nordenfeldmark Nr. 58 mit Hofraum und Hausgarten b) Stall mit Waschküche 6,33 ar, 240 Mk. nur 12 ar Nutzungswert,

am 11. Juli 1907, vormittags 9 1/2 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle versteigert werden.

Kamen, den 7. Mai 1907.

Königliches Amtsgericht.

Kleeverkauf

im Ostenfeld!

Freitag den 17. d. Mts., nachm. 5 1/2 Uhr, läßt der Herr Fuhrmann Bernh. Augstmann, Ostenfeldmark hier,

2 bis 3 Scheffel Landes sehr guter Kleeernte auf dem Ostenkamp, in der Nähe seines Hauses belegen, nimmend resp. abteilungsweise durch 3 Unterzeichnete öffentlich me. bieten gegen Barzahlung verkaufen. Kamen.

Reinhard, Gerdt, 571; Auf.

Kaufhaus für Lebensmittel

Johanna Glaessner

Weststr. 49. Fernspr. 11.

Täglich frisch eintreffend:

Kropfsalat, Blumenkohl, Gurken, Spinat, Spargel.



ist die beste!



Bestes Metallputzmittel der Welt



Chemische Fabrik Düsseldorf Aktien-Gesellschaft



putzt am schönsten alle Metallgegenstände.



Fahrräder, erstklassig, direkt von der Fabrik, an Private und Händler von Mk. 65 an.

Zubehörteile, prima Mäntel von ca. Mk. 4, Luftschläuche von Mk. 2,80 an.

Reparaturen, auch an fremden Fabrikaten prompt u. billigst. Katalog gratis und franko.

Duisburger Fahrradfabrik „Schwalbe“ Akt.-Ges. Duisburg-Wanheimerort. Gegründet 1896.

Warnung.

In meinen Garten habe ich

Gift

gelegt.

Donikofski.

Kamen, Ostenfeldmark 30

Erdene

Blumentöpfe

empfiehlt J. Brombach

Druck u. Verlag von C. May in

Kammerer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 58.

Dienstag den 14. Mai 1907

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung steht zunächst die zweite Beratung des Ergänzungsetats für die Farmerentschädigungen. Die Kommission beantragt die Herabsetzung der Entschädigungssumme von 7 1/2 Millionen auf 5 Millionen und will an die Auszahlung der Entschädigung die Bedingung geknüpft wissen, daß die Farmer auf jede andere Entschädigung Verzicht leisten.

Kolonialdirektor Dernburg: Es handelt sich bei den Farmerentschädigungen nicht um Darlehn, sondern um Beihilfen. Ein Anspruch auf Hilfeleistung besteht nicht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Teil der Summe, wenn sie als Darlehen gegeben würde, wieder zurückfließen dürfte. Trotzdem hält die Verwaltung an der Anschauung fest, daß die Unterstützungen als einmalige Beihilfen gewährt werden sollen, weil auch die bisherigen Entschädigungen nicht als Darlehen gegeben wurden und weil die Belastung der Grundstücke durch ein eventuelles Darlehen eine ungesunde Ueberbürdung des Grund und Bodens und damit dauernde Anzweiflung der Güter schaffen würde. Wenn man gibt, soll man mit Grazie geben, wozu uns ein Gefühl der Gerechtigkeit verpflichtet. Die jetzt gewährten Beträge bekommen wir später reichlich durch höhere Steuern zurück. Deshalb sollen auch keine Abstriche gemacht werden; dagegen bin ich für jeden Zusatz, der Rechtsstreitigkeiten seitens jener Leute vermeidet, die Anspruch auf Entschädigung zu haben glauben. (Beifall.) — Abg. Groeber (Zentr.): Die Fassung der Regierungsvorlage muß den Eindruck erwecken, als ob die Leute einen gewissen Anspruch auf Entschädigung hätten. Wenn nicht nur die Bedürftigen, sondern alle Farmer und Gesellschaften sollen ohne Ausnahme entschädigt werden. Andererseits aber sollen Leute, die vielleicht wirklich einen Rechtsanspruch auf Entschädigung besitzen, auf dieses Recht Verzicht leisten. Die Vorlage verleiht die ganze Bedürfnisfrage, ja sogar Leute, die durch den Krieg Vorteile erlangt haben, würden noch dazu Unterstützungen erhalten; außerdem ist die Schätzung und Feststellung des Schadens in sehr unsicherer Weise erfolgt. Der tatsächliche Schaden ist viel geringer als angenommen wird. Dann muß man auch bedenken, daß die Farmer von einer gewissen Mitschuld an dem Aufstande nicht freizusprechen sind. Aus allen diesen Gründen und angesichts der mangelhaften Finanzlage, die uns im Herbst wieder neue Steueranforderungen bringt, stimmen wir gegen die Vorlage. (Bravo i. Str.) — Abg. Dr. Arendt (Npt.) beantragt, im Falle der Ablehnung 5 552 893 Mark zu bewilligen, jedoch in der Regel 1/100 Teil des Gesamtschadens zur Auszahlung gelangen. Die Beihilfen seien nur zu gewähren, wenn auf jeden weiteren Anspruch an das Reich verzichtet wird. — Abg. Dr. Baasche (Natlib.) meint, die Fassung des Zentrums sei keineswegs konsequent; wenn es früher schon 5 Millionen bewilligt habe, müßte es doch auch jetzt eine entsprechende Summe bewilligen. Aus Billigkeitsgründen sollte den Farmern die volle Entschädigung gewährt werden. Die Summen seien nicht zu hoch. Seine Partei stimme für die Regierungsvorlage, erst in zweiter Linie für die Kommissionsfassung. Ueber den Eventualantrag Dr. Arendts vermöge er noch nicht zu urteilen, da er noch nicht begründet sei. (Beifall.) — Abg. Freiherr v. Nitsch-Rosen-Dammsdorf (Npt.) weist gegenüber dem Abg. Groeber darauf hin, daß der Reichstag in der Frage der Veteranenbeihilfen stets eine wohlwollende Haltung eingenommen habe. In früheren Zeiten hätten die Neben des Zentrums bei den verschiedensten Beihilfen und Entschädigungen anders geklungen; er empfehle die Annahme der Regierungsvorlage. — Abg. Dr. Arendt (Npt.) meint, die Frage der Entschädigung sollte vom großen wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet werden. Die Mitschuld an dem Aufstande treffe vielleicht die Regierung, die zu spät für Kolonialreisenbeschränkung gesorgt habe. Es handle sich hier um Billigkeitsansprüche. Die alten und bewährten Farmer müßten in den Kolonien festgehalten werden. — Gouverneur v. Lindequist führt aus, es sei nicht der Fall, daß auch durch die 7 1/2 Millionen eine volle Entschädigung gewährt werde. Der große indirekte Schaden, z. B. die großen Anwesenstände, welche nicht nur Kaufleute, sondern auch Farmer, Handwerker und Gewerbetreibende bei den Eingeborenen gehabt hätten, seien nicht mit angerechnet. Redner bittet um Wohlwollen für die Farmer und um Bewilligung der 7 1/2 Millionen. — Abg. Dr. Wiemer (Freis. Vpt.) vermag die volle Summe nicht zu bewilligen. Dem Kommissionsantrage sei er bereit, zuzustimmen, aber nicht darüber hinaus.

Damit schließt die Debatte mit Annahme der Kommissionsfassung, fünf Millionen als Entschädigung zu gewähren. Weiter wurden ohne wesentliche Debatte die übrigen Etats und das Etatsgesetz bewilligt. Damit ist der gesamte Etat in zweiter Lesung beendet. Eine Reihe von Petitionen werden gleichfalls angenommen.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verhandelte über die Anträge, die sich auf die Neuordnung und Erhöhung der Beamtenbesoldungen beziehen. Zunächst erfolgte eine allgemeine Besprechung. Der Finanzminister erklärte, daß man den generellen Plan einer Erhöhung der Besoldungen für das folgende Jahr aufzustellen beabsichtige. Besonders notwendig sei eine bedeutende Reduktion der zahlreichen Gehaltsstufen. Die Minimalgehälter der unteren Beamten sollten erhöht werden; bei den mittleren und oberen Beamten könne man die Erhöhung zweckmäßig an den Vermögenszuwachs anschließen, doch sei darüber ein bestimm-

ter Beschluß noch nicht gefaßt. Eine Gleichstellung der Oberlehrer mit den Richtern habe bedenkliche Konsequenzen, weil der Unterschied zwischen Lokal- und Provinzialinstanzen wegfallen, doch habe das Ministerium dazu noch keine Stellung genommen. Die Erhöhung der Richtergehälter werde nicht ohne Folgen bleiben können für andere gleichartige Beamtenklassen. Die Kosten der geplanten Erhöhung schätzte der Minister mit Einschluß der für Geistliche und Lehrer notwendigen Zuschüsse auf mehr als 100 Millionen. Dieser Betrag sei allein aus laufenden Mitteln nicht zu decken, eine Steigerung der Einkommensteuer sei nicht zu umgehen.

In der Diskussion wurde betont, daß man zuerst festsetzen müsse, was man tue, damit man mit der Festsetzung der Gehälter zu einer gewissen Ruhe und zu einem Abschlusse gelange; man könne Staatsmittel in größerem Maße zur Verfügung stellen, wenn man einen Teil der Ausgaben z. B. in der Bergverwaltung auf Anleihe nehme. Der Minister warnte davor, daß man darin z. B. bei der Eisenbahnverwaltung zu weit gehe. Die Rücksicht auf den Kurs der Staatspapiere erfordere, daß man mit Anleihen möglichst sparsam sei. — Der Unterschied in der Besoldung der Lokal- und Provinzialbeamten, der von der Regierung für wertvoll gehalten wird, wurde von anderer Seite für veraltet erklärt. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß Preußen in gleichem Schritte mit dem Reiche vorgehe. Die Frage der Quotifizierung der Steuern, die von einer Seite angeregt wurde, ersuchte der Minister aus dem Spiele zu lassen, der jetzige Zustand sei vorzuziehen. Es entspreche durch eine Quotifizierung jedes Jahr die Gefahr eines Streites zwischen Regierung und Landtag; zudem werde man gerade dann zu einer Erhöhung der Einkommensteuer schreiten müssen, wenn im Lande eine wirtschaftliche Depression herrsche. Auf eine an ihn gerichtete Anfrage erklärte der Minister, daß er die Absicht habe, die Gehaltserhöhungen nicht im Etat, sondern durch ein besonderes Gesetz zu regeln.

Bedenken werden geäußert gegen den Plan, einen Unterschied zu machen zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten, während dies von anderer Seite bestritten wurde. Auf die Frage, ob die mittleren Beamten schon jetzt eine Teuerungszulage von 150 Mark erhalten sollten, wie im Reich, ging der Minister nicht ein. Von verschiedenen Seiten wurde auf die Nebenbesätze der Beamten hingewiesen, die man nicht für zweckmäßig hält, und von denen man wünscht, daß sie wegfallen möchten. — Die allgemeine Diskussion wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Deutschland.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Freitag die Novelle zum Berggesetz und das Wanderarbeitsstätten-gesetz in dritter Beratung nach unerheblichen Debatten angenommen. Dann wurde die zweite Beratung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landwirtschaftlich hervorragenden Gegenden erledigt. Bei dem § 5, der den Schutz landschaftlich hervorragender Gegenden ausspricht und der von den verschiedensten Seiten, besonders auch von dem Abg. Schmitz-Elberfeld Widerspruch erfuhr, wurde ein Abänderungsantrag Dr. Brandt angenommen, wonach der Regierungspräsident mit Zustimmung des Bezirksausschusses die Verunstaltung der baupolizeilichen Genehmigung vorschreiben soll. Alle sonstigen Anträge auch die auf Festsetzung eines Entschädigungsanspruchs der Privateigentümer wurden abgelehnt. Nach Beratung der Vorlage wurden noch eine Anzahl Petitionen erledigt. Am Sonnabend stehen kleinere Vorlagen und ein Antrag Dr. Hahn gegen die Auffassung bäuerlichen Besitzes durch das Großkapital auf der Tagesordnung.

(Erledigung des Nachtragsetats.) Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte Mittwoch über die ihr überwiesenen Nachtragsetats, und zwar zunächst über den Nachtragsetat betr. die Gewährung einmaliger Zulagen an untere und mittlere Beamte. Der Etat wurde genehmigt. Dann kam der Nachtragsetat, der die sogenannten Entschädigungen an die Farmer in Südwestafrika betrifft, zur Beratung. Gefordert wurden 7 1/2 Millionen Mark zur Hilfeleistung aus Anlaß von Verlusten infolge des Eingeborenen-Aufstandes für den gesamten Bereich des Schutzgebietes. Abg. Dr. Semler (Nat.) empfahl als Referent die Bewilligung der geforderten Summe, schlug aber die Form eines Darlehens vor, das hypothekarisch auf den Grundbesitz der in Betracht kommenden Farmer einzutragen sei. — Referent Abg. Dr. Wiemer hielt die Bewilligung der ganzen Summe nicht für geboten, sondern gab zur Erwägung, ob nicht ein Teil des Betrages a fonds perdu, der übrige Teil als Darlehn gewährt werden könnte. In der Abstimmung wurde der Antrag Semler mit 14 gegen 12, die Regierungsvorlage mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag Wiemer mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen. Ohne wesentliche Debatte wurden zum Schluß noch die Etats der Reichsschuld, der allgemeinen Finanzverwaltung und das Etatsgesetz erledigt. Damit waren die diesjährigen Arbeiten der Budgetkommission erledigt.

Westfalen und Rheinland.

29. Westfälischer Städtetag.

W Kamen, 14. Mai. Der diesjährige Westfälische Städtetag der sich zu seiner 20. ordentlichen Tagung in den gastlichen Mauern der guten alten Stadt Hamm versammelte, ist, einer Anregung des Herrn Ersten Bürgermeisters Cuno-Hagen zufolge, wesentlich ein Arbeitsstädtetag, jedoch die im Zusammenhang mit dem geschäftlichen Teile des Städtetages gebotenen Festlichkeiten auf ein tüchtig beherrschendes Maß reduziert werden. Der Besuch ist außerordentlich stark. Sowohl die Verlegung desselben auf einen wesentlich früheren Termin, als bisher üblich, als auch die sehr wichtige Tagesordnung, mit ihren aktuellen Fragen hat fast alle dem Städtetage angehörenden Gemeindeglieder veranlaßt, in diesem Jahre die Tagung zu besuchen. Der Hauptteil der Tagesordnung ist auf den zweiten Tag, den Samstag, verlegt; an diesem Tage sollen behandelt werden: Volkswirtschaft, die so viel umstrittene Wertzuwachssteuer und die Volksschule.

Freitag nachmittag um 4 Uhr wurde der Städtetag durch den Vorstehenden Herrn Oberbürgermeister Geheimrat Schmieding-Dortmund eröffnet, worauf Herr Erster Bürgermeister R. Matthaei-Hamm die Vertreter des Westfälischen Städtetages namens der Stadt, der städtischen Körperschaften und der gesammelten Bürgerschaft herzlich begrüßte.

Nach Erstattung des Geschäftsberichts hielt Herr Bürgermeister Jochims-Ladendorf das erste Referat über:

Privatindustrie und Gemeinde als Unternehmer

von Wasser-, Licht- und Kraftwerken und Straßenbahnen. Im allgemeinen hat sich die Ueberszeugung Bahn gebrochen, daß die Gemeinden die genannten Werke in eigene Regie am besten übernehmen, indes gibt es immer noch genug Gemeinden, die der Privatindustrie die Konzessionen für Elektrizitätswerke und Straßenbahnen erteilen. Es ist deshalb die Frage „Privatindustrie oder Gemeindevirtschaft“ eine brennende geworden, eine Frage, die indes Redner bei ihrer Westfälischkeit nicht erschöpfend behandeln will. Unter dem Hinweis auf die Literatur in dieser Angelegenheit und auf die geschichtliche Entwicklung der Volkswirtschaft, freilich die früher stark vorhandenen doktrinen Anschauungen, daß nur der Privatbetrieb für die Güte der Betriebe in Betracht komme. Seit einigen Jahrzehnten sei eine starke Wandlung eingetreten zu Gunsten der öffentlichen Wirtschaft, ohne diese ganz und gar an die Stelle des Privatbetriebes treten zu lassen. — Redner entwickelt nun zunächst den historischen Werdegang der Gaswerke, die zunächst englische Privatwerke waren und bis auf eine Stadt ganz und gar der Privatindustrie anheimfielen. Der hohe Preis des Gases veranlaßte städtische Gaswerke, die auf die Erniedrigung der Preise wesentlichen Einfluß hatten, die Gaswerke für sich zu gewinnen. Aus dem reichhaltigen Zahlenmaterial, das Redner vorbringt, sei erwähnt, daß 1902 73 Städte mit über 50 000 Einwohnern 56 eigene Gaswerke hatten. — Das erste Wasserkraftwerk in eigener Regie hatte Hamburg (1849), während Berlin 1856 ein Wasserkraftmonopol auf 25 Jahre abgab; im übrigen bauten wohl die meisten Städte eigene Gaswerke. — Größere Städte hatten wohl eigene Elektrizitätswerke, aber infolge der geringen fachmännischen Kenntnisse, welche die Gemeinden zuerst in der Elektrik hatten, waren die Mehrzahl der Werke privat; im Jahre 1902 gab es 240 städtische und 625 private Elektrizitätswerke. — Besonders stark vertreten war die Privatindustrie in der Anlage und im Betriebe von Straßenbahnen; indes ging die Verstaatlichung der Bahnen immer mehr vorwärts. — Redner ist der Ansicht, daß die Meinung, die Gemeinden könnten und sollten sich mehr mit solchen industriellen Werken befassen, veraltet und überwunden ist; ebensowenig läßt sich die angebliche Unwirtschaftlichkeit der Betriebe in Gemeinderegie mehr aufrecht halten. Ueber das Risiko für die Gemeinde und den zunächst erforderlichen Zuschuß muß man sich klar werden, aber diesen Zuschüssen folgen auch Ueberschüsse, und an wirklich gefährliche Sachen soll sich eben eine Gemeinde nicht heranwagen. Redner streift dann die für die industriellen Unternehmungen der Städte herannahende Gefahr betreffend die Ueberschuldungsabwehr und ferner die Wichtigkeit des hygienischen Standpunktes, der bei einem Unternehmen in städtischer Regie besser gewahrt werden kann, als bei Privatunternehmungen. Es ist bekannt, welche bedeutenden Schädigungen die Städte erlitten haben durch die f. H. gegebenen Elektrizitätsmonopole (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk und Kölner Gasindustrie) und die dabei gemachten Erfahrungen lehren äußerste Vorsicht bei der Abgabe von Monopolen; diese Verluste, welche die Städte oft erleiden, müssen in Betracht gezogen werden bei der Frage der Errichtung eigener kommunaler Werke und der event. Möglichkeit von Zuschüssen. Redner weist ferner auf die Notwendigkeit der Vorsicht bei dem Verlangen von Vertrags- und Konzessionsverlängerungen hin; so wurde das Lüdenscheider Gaswerk der Stadt für 1 1/4 Millionen Mark angeboten, das ihr nach 11 Jahren umsonst zufiel. Andererseits muß Redner es von sich weisen, unbedingt und überall für den kommunalen Selbstbetrieb einzutreten, vielmehr muß man in dieser Beziehung von Fall zu Fall entscheiden. Soviel aber muß er sagen, daß grundsätzlich der kommunale Selbstbetrieb als die richtige Wirtschaftspolitik zu betrachten ist. — Redner erörtert dann die Angelegenheit des sogenannten Rheinisch-Westfälischen Verbands Elektrizitäts-Werkes und dessen Stellung zu den Werken „Mar“ und „Westfalen“. Redner betont, daß bei der Gemeinschaft von Privaten und Gemeinden in einem Betriebe (Stinnes und Gemeinden) die Gemeinden unbedingt den überwiegenden Einfluß haben müssen, insbesondere bei der Organisation des Betriebes. Eine einheitliche Leitung in einem größeren Verbandsverbande ist die Hauptsache. Zum Schluß bringt Redner die Begründung eines kommunalwirtschaftlichen Ausschusses für Westfalen zum Vorschlag, welcher Ausschuss das für die Städte in Betracht kommende Material zu sammeln

und zu sichten, Gutachten und Ratschläge zu erteilen, ev. als Schiedsgericht zu fungieren hätte; in diesem Ausschuss müßten kommunale Beamte und Techniker sitzen. (Lebhafter Beifall und Lärm des Vorstehenden.)

— **Ramen, 14. Mai. (Hinaus in die Ferne.)** Es ist etwas Eigentümliches um das Wandern! Mag der Menschheit auch das Fortbewegen immer bequemer und leichter gemacht werden, mag das schnelle Dampfboot, das Rad, das Automobil uns möglichst eilig an ein bestimmtes Ziel bringen, nichts läßt sich mit dem Genuße vergleichen, den ein Dahinziehen „auf Schusters Rappen“ mit sich bringt. Nur das Gebiet, das wir gewissermaßen Schritt für Schritt durchmessen, gehört uns geistigerweise, denn was wir im Fluge flüchtig schauen, wenn wir uns aus dem Koupefenster lehnen, das schwindet bald unserem Gedächtnis wieder. „Hinaus ins Freie!“ möchte man jedem zuzurufen, der gesund und kräftig ist, „aber nicht sich hintragen lassen, sondern selbst die Reize des Wanderns kennen lernen.“ Mit welcher köstlichen Gefühl zieht man aus, ganz sein eigener Herr, der sich nach keiner Bahn zu richten braucht! Eine besondere Anziehungskraft übt das unbekannte Wohin aus. Nicht zu wissen, welche landschaftlichen Schönheiten uns erwarten, nicht zu ahnen, wo wir rasten werden, gerade das hat noch viel von der alten Wanderpoesie, wie sie z. B. Wilhelm Müller preist. Wir können uns einbilden, das Städtchen Erde, das wir begehen, sei eigens für uns da. Die Berge mit ihren Wäldern grüßen uns, das Bächlein ruft uns ein „Willkommen“ zu, für uns haben sich die Bäume mit den ersten Knospen und die Blüten in Wiese und Garten geschmückt. Wir dürfen rasten, wo es uns beliebt. Das Dorfweidhaus ladet zum ländlichen Mahle ein und ein schmuckes Mädchen reicht uns den erfrischenden Tranke, weiter kommen wir an ein einfaches Gehöft, das uns inmitten der Stille und Abgeschiedenheit fast unheimlich erscheint, dann wieder nimmt uns das Geräusch einer Stadt auf. Wir fassen sie kaum, die vielerlei Eindrücke, die einander ablösen, jeder in seiner Art köstlich und anregend. Freilich will ein solches Wandern gelernt sein. Wer die Natur und namentlich seine Heimat nicht versteht, der wird auch keinen Genuß davon haben. Schon von früh an gewöhne man die Kinder an ein solches nutzbringendes Schatzeregehen, dann wird die dem deutschen Volke angeborene Wanderlust auch in ihnen erstarren. Hier fesselt uns das Gewaltigste des Weltbildes, dort die verschwiegene Poesie und die Stimmung einer Gegend, wieder an einer anderen Stelle interessieren uns die Spuren von Natur- und Menschengeschichte, die sich noch zeigen, kurz: reiche Abwechslung gewährt das Wandern jedem, der es richtig ausübt, und der darum froh ausruft: „O Wandern, Wandern, meine Lust!“

Dortmund, 11. Mai. (Verband der Bergarbeiter Deutschlands.) In der am Mittwoch stattgefundenen Schlusssitzung fand u. a. die Wahl des Vorstandes statt. Gewählt wurden: Sachse, 1. Vorsitzender; Schröder, 2. Vorsitzender; Horn, 1. Kassierer; Schreier, 2. Kassierer; Sufmann 1. und Waldbeder 2. Schriftführer. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Eisenach gewählt.

Dortmund, 11. Mai. (Verschiedenes.) Der Schnellzug 13 gestern nachmittag 3 Uhr kurz vor dem Dortmunder Rangierbahnhof bei Beche Sania entgleist. Vier Wagen liegen auf der Dammboschung. Der unbeschädigte Teil des Zuges fuhr nach Aufnahme der Reisenden aus dem verunglückten Teile des Zuges nach kurzem Aufenthalt nach Dortmund weiter. Dort haben sich zehn Reisende mit kleinen Wundstichen als leicht verletzt gemeldet. Der Verkehr wird durch Umleiten aufrecht erhalten. Die Ursache der Entgleisung ist bisher nicht aufgeklärt.

In Hamburg ist der hier sehr bekannte Direktor Dr. Belpert, bis vor kurzer Zeit Direktor der Castrop-Sprengel-Fabrik, verhaftet. Der frühere Professor des Rechts, Herr Belpert, ist, wie berichtet, vor einigen Wochen verhaftet worden, weil er im Verdacht steht große Unterschleife begangen zu haben.

Der Maurer Albert Röll wurde ohne jede Veranlassung von zwei unbekannten Personen angetroffen und durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt.

— **Gelsenkirchen, 11. Mai. (Arbeiter-Unruhen infolge hoher Steuern.)** Sechshundert, meist ausländische Arbeiter der Winkler Hütten, hatten in der Erregung über hohe Steuerfaktoren, die sich er Einreichung der Lohnlisten zuschreiben, die Eingänge zum Werk gesperrt und bedrohten die arbeitswilligen Leute und die Werkseiter. Ein großes Polizeiaufgebot verhinderte weitere Ausschreitungen und verhaftete zwei von den Rührführern. Es sind Verhaftungen gegen eine Wiederholung der Unruhen getroffen worden.

Krefeld, 10. Mai. In einem Krefelder Buttergeschäft wurden bei polizeilichen Revisionen, die dort zu verschiedenen Zeiten vorgenommen wurden, aus den vorhandenen Vorräten wiederholt Proben entnommen, die ergaben, daß die Butter einen starken Zusatz von Margarine enthielt. Der betreffende Geschäftsinhaber (Schmitz), gegen den Anklage auf Grund des Paragraphen 10,1 des Nahrungsmittelgesetzes erhoben wurde, behauptet, daß diese Fälschung ohne sein Wissen und Willen durch seine Angestellten erfolgt sei. Da er sich meistens auf Geschäftsreisen befinde, sei er nicht in der Lage, seine Angestellten zu überwachen, und hätte deshalb die von ihnen geschehene Fälschung nicht verhindern können. Das Schöffengericht zu Krefeld verurteilte den Angeklagten wegen des genannten Vorgehens zu 1500 Mark Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis. Die Strafkammer des Landgerichts zu Krefeld in der Berufungsinstanz ermäßigte die Geldstrafe auf 600 Mk., bestätigte aber im übrigen das erstinstanzliche Urteil. Die Strafkammer ist der Ansicht, daß dem Angeklagten die volle Verantwortung für die von seinen Angestellten begangenen Fälschungen treffe. Die letzteren seien offenbar im Einverständnis des Angeklagten, der sich seiner Angestellten als Werkzeuge dabei bedient habe, geschehen, denn, da die Fälschungen fortgesetzt während eines Zeitraumes von 10 Monaten geschehen wären, sei es vollständig ausgeschlossen, daß der Angeklagte davon keine Kenntnis erhalten habe. Die von dem Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom Düsseldorf-Oberlandesgericht verworfen.

Köln, 11. Mai. (Bergarbeiterstreik.) Laut Köln. Volksztg. streiken seit gestern ungefähr 1000 Bergleute der Dettinger Gruben an der belgisch-luxemburgischen Grenze. An dem Streik sind Grube Dettingen mit 400, Grube Neuling mit 400 und Grube Sterkrade mit 200 Bergleuten beteiligt. Die Ursache des Ausstandes bildet die Forderung des Knappschätzstatuts.

Schloss Osthausen.

Es ist einer der seltsamsten Winkel seines Reiches, wo Kaiser Wilhelm II. am 28. April dieses Jahres auf der Fahrt von Straßburg nach der Hofkammerburg als Gast des Unterstaatssekretärs Freiherrn Born von Bulach rastete, und seltsam sind die Erinnerungen an das Geschlecht, dessen alten Sitz er besuchte. Der größere Teil der mittelalterlichen Geschichte des Elsaß ist ausgefüllt von dem Kampf zwischen den beiden ausgetreiteten Straßburger Geschlechtern, den Born und den Mülheim. Sie hießen nicht umsonst die Born, die ältesten Vertreter des Geschlechtes, die oft noch den Beinamen Rüpelin oder Rüpel-Born führten. Es gehört zu den merkwürdigeren Epochen in der Entwicklung des deutschen Städtelebens und des Kampfes zwischen Geschlechtern und Wä-

gertum, daß im Anfang des 14. Jahrhunderts die Born die Stadt Straßburg zwangen, ein neues Stadthaus zu bauen, weil das alte zu weit von ihrer Trinkstube entfernt lag, und sie, falls im Notfalle Taktlichkeiten ausbrachen, nicht schnell genug bewaffnete Hilfskräfte heranziehen konnten. Die Stadt Straßburg erfüllte den Wunsch und zwar baute sie, um niemand zu kurz kommen zu lassen, das neue Stadthaus in die mathematische Mitte zwischen den Trinkstuben der Born und der Mülheim; und um auch alle äußere Gelegenheit zu Handgreiflichkeiten zu vermeiden, legte die Stadt zwei Treppenaufgänge an, für jede der feindlichen Parteien eine. Dieses merkwürdige Bauwerk hat bis fast zur großen Revolution am Gärtnermarkt, kaum hundert Schritt vom Straßburger Münster, bestanden. Es hat aber nicht verhindert, daß bald nach seiner Erbauung, 1332, doch bei einer Hochzeit ein „Geschöll“ zwischen den beiden feindlichen Familien ausbrach, bei dem 21 junge Edelleute fielen und die übrige wehrfähige Mannschaft so ausgerichtet wurde, daß die Bürger diesen günstigen Augenblick benutzten, um die Herrschaft der Geschlechter zu brechen.

Beide, Born und Mülheim, bleiben auch von da ab noch in Straßburg angelesen und geben der Stadt eine unabhängige Reihe von Ammeistern und Räten, dem Domkapitel eine erhebliche Zahl von Kapitularen. 1414 empfingen die Born den Kaiser Siegmund in ihrem Hotel, und bei dieser Gelegenheit trug sich die bekannte Anekdote mit den Schuhen zu, welche die Straßburger Frauen dem Kaiser kaufen mußten, damit er nicht barfuß zum Tanz kam. Noch erinnert eine Wetterfahne in der Cordungasse an diese niedliche Geschichte.

Das Schloß Osthausen, das sich auf den Fundamenten jenes karolingischen Vorwerks entwickelt hat, erhielten die Born 1436 als kaiserliches Lehen, nachdem sie es schon früher bewohnt hatten. Seitdem ist es stets in ihrem Besitz und ununterbrochen von ihnen bewohnt geblieben und bei der Stellung, die das Geschlecht sich im Laufe der Jahrhunderte sozial und politisch zu bewahren wußte, kann man sich leicht eine Vorstellung machen, welches Museum für Kunstgewerbe und Familiengeschichte zwanglos aus der kleinen, noch heute von Gräben und Zugbrücke abgeschlossenen Wasserburg geworden ist. Vom 14. Jahrhundert ab bis zu den Tagen Napoleons I. wäre aus den Beständen des Schloßes Osthausen eine köstliche Geschichte des vornehmen Hausrates zusammenzustellen. Unergründlich wird wohl jedem Besucher auch die Sammlung der Grabsteine des Geschlechtes sein, die in der Schloßkapelle und im Schloßhof verstreut ist. Nur die Grabkirche der Dalberge, St. Sebastian bei Oppenheim, mag eine ähnliche, freilich noch großartigere Reihe von Grabsteinwerken aus sechs Jahrhunderten besitzen.

Mancher deutsche Kaiser hat in der Pfalz von Erfstein und im Schloß von Osthausen zu Besuch gewillt: Otto I. hielt hier 952 eine Reichsversammlung ab, Otto II. feierte hier 975 Weihnachten, Lothar III., Heinrich II. und Heinrich III. weilten oft hier auf der Jagd. Der letzte kaiserliche Besucher war Barbarossa 1153. Seit ihm betrat nun Wilhelm II. als erster deutscher Kaiser wieder das Schloß, dessen älteste Teile schon Barbarossa sah, und ist der Gast eines Geschlechtes gewesen, das schon zu Barbarossas Zeiten blühte.

Tatjana Leontjew.

Die russische Terroristin Tatjana Leontjew, die vor kurzem zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil sie in Unterlaken den Rentier Müller erschossen hatte, den sie für den russischen Minister Durnow gehalten hatte, ist zur Verbüßung ihrer Strafe nach dem aargauischen Zuchthaus Lenzburg gebracht worden. Ueber ihr Verhalten im Kerker wird der B. Z. folgendes berichtet: Als Tatjana Leontjew in Lenzburg ankam, wurde von ihr zuerst das übliche Signalement aufgenommen. Als man sie nach der Religion befragte, erklärte sie, sie gehöre keiner Konfession an. Zu verbüßen hat sie noch 3 1/2 Jahre Zuchthaus. Die Bemerkung, bei gutem Verhalten werde ihr ein Teil der Strafe erlassen, beantwortete sie mit Entschiedenheit dahin, sie begehre keinen Strafnachlaß, sondern wolle die ganze Strafe abtun. Wie alle neu eingelieferten Zuchthaussträflinge befindet sich die Leontjew zunächst in Einzelhaft, wo sie isst, schläft und arbeitet. Erst nach einer gewissen Probezeit wird ihr gestattet werden, in einem gemeinsamen Arbeitsraum zu arbeiten. Was arbeitet die Leontjew? Tatjana Leontjew, die Tochter eines Generals, muß in ihrer Zelle Kleidungsstücke der weiblichen Gefangenen nähen und flicken. Nähen konnte sie von Haus aus keinen Stich; die Aufseherin mußte ihr das Nähen erst beibringen. Die Leontjew erklärte sehr bestimmt: „Ich will sämtliche Arbeiten verrichten, welche die anderen weiblichen Zuchthaussträflinge tun.“ Als der Anstaltsleiter ihr bemerkte: „Sie, mit Ihren zarten Händen, kann man doch nicht ins Wäschhaus stellen,“ da versetzte sie: „O, ich bin stark. Ich habe mit drei Männern gerungen und sie besiegt.“ Damit meinte sie offenbar das Handgemenge, das im Unterbringungsgelände zu Unterlaken stattfand, als sie sich weigerte, sich ein achttes Mal photographieren zu lassen. Bis jetzt zeigte sie sich in allem willig, ob das andauern wird, bleibt abzuwarten. Einmal im Monat darf sie Besuche empfangen und zwar nur von Seiten ihrer Verwandten. Besucht wurde sie bis jetzt nur von ihrer Mutter. Die Mutter schickte für ihre Tochter nicht weniger als vier Kisten voll Sachen nach Lenzburg, fast alles wurde ihr wieder zurückgeschickt. Gelassen wurden der Gefangenen die wissenschaftlichen Bücher. Man muß sich nicht vorstellen, daß die Leontjew nun in der Zelle auf Tod und Leben nahe, wenn es ihr gefällt, kann sie auch bei Tage schlafen. Aufstehen muß sie morgens 5 Uhr und um 8 Uhr abends zu Bett gehen. Mit der Kost ist sie sehr zufrieden.

Mus aller Welt.

— **Die Aerzte** Dresdens und Umgegend beschloßen, vom 1. Oktober d. J. eine Erhöhung der Arztgebühren einzuführen, und in Zukunft keinerlei Verträge mehr mit privaten Kassen und Verbänden einzugehen.

— **Das Reichsgericht** verwarf die Revision des Rittergutsbesizers Grafen Fiedler-Klein-Tschirne, der am 15. März d. J. vom Landgericht I Berlin wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war.

— **Thomas Hofhat**, dem Verfasser des Liedes „Verlassen, verlassen bin ich“ wurde vom Kaiser der Rote Adlerorden vierter Klasse verliehen.

— **Ein Ehrendiplom** für den Wirklichen Geheimrat Prof. Ernst Haedel ist von der Berliner medizinischen Fakultät zum Andenken an seine vor 50 Jahren vollzogene Promotion ausgefertigt und dem Gelehrten nach Jena übermittelt worden.

— **Eisenbahnunfall.** Auf Bahnhof Metgethen entgleiste ansehnend infolge vorzeitigen Umstellens der Weiche, der um 7 Uhr 58 Minuten nach Königsberg ausfahrende Vorortzug mit zwei Wagen, von denen einer umstürzte. Von den in diesem Wagen sitzenden 8 Personen wurde die Tochter des Feuerzettelabdirektors R. H. getötet. Frau Hof und ihr Sohn, ferner Frau Steuer-

erheber Böttcher, Frau Jolland und Tochter sind verletzt worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

— **Ein schwerer Automobilunfall** hat sich am Donnerstag nachmittag in der Müllerstraße in Berlin zugegetragen. Ein Privat-Automobil, in dem sich Prof. Straßmann befand, fuhr den Arbeiter Friedrich Tschall auf der Gerichtsstraße um und schleppte ihn ein Stück Kraftwagen nach einer Unfallstation und von dort nach seiner Wohnung.

— **Das Automobil.** Maschinenfabrikdirektor Widmann aus Friblar wurde infolge Scheuwerdens der Pferde vor einem vorbeifahrenden Automobil aus dem Wagen geschleudert und erlitt einen Genickbruch. Er war sofort tot.

— **Bei einer Rahnfahrt** in dem Ausflugsort Burgwalde erkrankten infolge Umkippen des Rahnes vier Mitglieder eines dort weilenden Gesangsvereins aus dem Borort Oberhausen. Ein fünfter Insasse konnte gerettet werden.

— **In schweren Streitausschreitungen** kam es Donnerstagabend in der Leinwandfabrik von Zimmermann in Ludwigshafen, deren Arbeiter seit einiger Zeit unzufrieden sind. Die Ausständigen und zahlreiche andere Arbeiter, im ganzen etwa 3 bis 4000, rotteten sich bei Eintritt der Dunkelheit zusammen und griffen die Fabrik an. Die Menge bombardierte die Fabrikgebäude mit Pflastersteinen und beschädigte sie schwer. Das Aufgebot der gesamten Polizei und Gendarmerie war machtlos. Durch Steinwürfe und scharfe Schüsse wurden 4 Schutleute mehr oder minder schwer verletzt. Bezirksamtmann Matthäus erhielt durch einen Steinwurf eine schwere Verletzung, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Fabrikbesitzer Zimmermann vermochte sich nur durch die Flucht zu retten. Die Zusammenrottungen, vor denen man die Laternen ausgelöscht und die elektrischen Bogenlampen zertrümmert hatte, begannen gegen 8 Uhr und dauerten bis nach Mitternacht. Freitag morgen fanden wir über tausend Mann auf dem Kampfplatze. Nur 20 Personen konnten verhaftet werden, da die Polizeimannschaft gegen die ungeheure Menge nichts anrichten konnte.

— **In der Trunkenheit** richtete ein Artillerist namens Bratowski in der Lemberger Ferdinands-Kaserne großes Unheil an. Er ergriff im Mannschützszimmer ein mit scharfen Patronen geladenes Gewehr und begann, auf die schlafenden Kameraden Schüsse abzufeuern. Als der Unteroffizier des Nachdienstes in das Zimmer eintrat, schoß ihn Bratowski sofort nieder und legte das Gewehr fort. Erst als der Offizier vom Dienst Alarm blasen ließ und die Mannschaften von allen Seiten in das Zimmer eindrangen und Bratowski in die Enge trieben, tötete sich dieser selbst durch einen Schuß in die Brust.

— **Das Fünfte Deutsche Nationale Bundes-Schützenfest** hat am Dienstag in Charleston (Südkarolina) begonnen. Konsul Zoepffel überbrachte einen Gruß des Kaisers und einen goldenen Schützenadler als Geschenk des Kaisers.

— **Ein Cyclon** hat im nördlichen Texas schweren Schaden angerichtet und viele Menschenleben zu Opfer gefordert. Einzelheiten fehlen noch.

— **Bei Erdarbeiten** für die neuen Marineanlagen in Sonderburg wurden drei Arbeiter verschüttet. Zwei sind tot, der dritte schwer verletzt. Die Leichen sind geborgen.

— **Famose Sicherheitswächter.** Nach einer Meldung aus Stuttgart sind sämtliche Beamte und Wärter der Wach- und Schließgesellschaft in Schwäbisch-Gmünd auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden unter dem dringenden Verdacht, fortgesetzt Einbrüche und Massendiebstähle bei den Abonnementen des Instituts begangen zu haben.

— **Die Strafkammer** in Limburg verurteilte den Direktor Wiebel der Marburger Wach- und Schließgesellschaft wegen fortgesetzten Betruges gegenüber den Abonnementen der Gesellschaft und wegen Unterschlagung sämtlicher Rationen seiner Beamten zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

— **Auf der Flucht vor den Witwen.** Aus New York wird berichtet: Ein millionenreicher Gutsbesitzer in Des Moines (Iowa), Mr. Higgins, leidet so sehr unter den Verfolgungen, die ihm von heiratslustigen Witwen bereitet werden, daß er sich genötigt sah, den Schutz der Polizei anzurufen. Higgins, ein Junggeselle, der die fünfzig bereits überschritten hat, ist ein überzeugter Weiberfeind und duldet kein weibliches Wesen in seinem Haushalt außer seiner Nichte, die ihm die Wirtschaft führt. Zehn Jahre lang, so klagte der verfolgte Millionär, habe er die Belästigungen durch verschlagene Witwen meist mittleren Alters ertragen; seit einem Jahre aber hätten sie ihre Anstrengungen verdoppelt, und je zurückhaltender er wäre, um so zudringlicher würden sie; jetzt wäre er am Ende seiner Kraft und habe keine Freude am Leben mehr. „Ich werde von diesen Witwen zu Tode gequält“, sagte er verzweifelt zu dem Polizeibeamten, „die Behörde muß etwas zu meinem Schutz tun. Sie haben mir seit einem Jahre keine Minute Ruhe gelassen, und ich bin schon zum Skelett abgemagert. Ich schere mich nicht im geringsten um irgend eine Frau auf der Erde, und da sie mich nicht allein lassen wollen, muß ich ihnen eine gerichtliche Aufforderung zustellen lassen.“ Wo Higgins ging und stand, immer schwebte er in Gefahr, in irgend eine Schlinge zu fallen, die eine Frau ihm gelegt hatte, und das hat ihn schließlich so nervös gemacht, daß er sich unter der Schutz der Polizei stellte. . . .

— **Von den deutschen Krematorien.** Die deutschen Krematorien, jetzt dreizehn an der Zahl, haben in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Betriebszuwachs von über 57 Prozent zu verzeichnen. Es fanden in dem Vierteljahr 752 Einäscherungen statt, gegen 479 im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. An demselben ist das neue Krematorium zu Chemnitz mit 124 und das Ende Februar d. J. in Bremen eröffnete Krematorium mit 16 Einäscherungen beteiligt.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Ramen.
Druck und Verlag von C. May in Korb.
Zersprecher der Ramener Zeitung Nr. 14. Ramen.